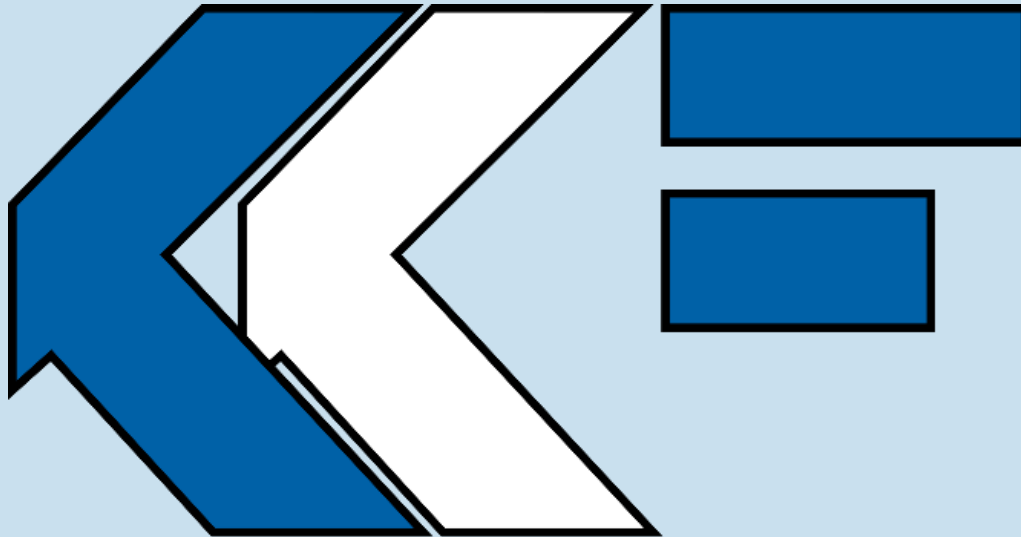




POLIZEI
Nordrhein-Westfalen
Landeskriminalamt

bürgerorientiert · professionell · rechtsstaatlich



Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle NRW

Dokumentation zum 3. Symposium der Reihe

Weitblick – Herausforderungen für Polizei und Gesellschaft

Thema: Kinder und Jugendliche als Täterinnen und Täter
von Gewaltkriminalität

Inhaltsverzeichnis

1	Einführung	4
2	Programm und Teilnehmende	5
3	Dokumentation und Ergebnisse	6
3.1	Begrüßung und Einführung	6
3.2	Panels	8
3.3	Rückblick auf die Panelphasen	14
3.4	Stimmen zur Jugend	15
3.5	Podiumsdiskussion	16
3.6	Resümee und Abschied	21
4	Fazit und Ausblick	21
5	Literatur	22

1 Einführung

Die Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle (KKF) des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen (LKA NRW) richtete am 07./08. März 2024 unter Schirmherrschaft von Herrn Minister Herbert Reul das dritte Symposium der Reihe „Weitblick – Herausforderungen für Polizei und Gesellschaft“ aus. Im Fokus der Veranstaltung stand das Thema „Kinder und Jugendliche als Täterinnen und Täter von Gewaltkriminalität“. In diesem Bericht werden der Ablauf des Symposiums sowie die Ergebnisse der Veranstaltung dokumentiert.

Das Zusammenwirken von Politik, Wissenschaft und Praxis hat große Relevanz für die Sicherheitsproduktion. Kriminalistisch-kriminologische Forschung bewegt sich im Spannungsfeld zwischen diesen Akteurinnen und Akteuren (Gatzke, 2013). Wesentliches Ziel der Symposiumsreihe ist es daher, den Austausch zwischen den Akteurinnen und Akteuren in Nordrhein-Westfalen über ausgewählte Themen der kriminalistisch-kriminologischen Forschung zu stärken und auszubauen.

Die Symposien werden im Zwei-Jahres-Turnus in Form zweitägiger Veranstaltungen („Lunch-to-Lunch“) ausgerichtet. Wie der Titel der Veranstaltungsreihe impliziert, wurde auch bei der dritten Veranstaltung angestrebt, Ergebnisse zu erzielen, die insbesondere für die zukünftige Arbeit der Sicherheitsakteurinnen und -akteure von Bedeutung sind.

„Der beste Weg, die Zukunft vorherzusagen,
ist, sie selbst zu gestalten.“

(Richard Buckminster Fuller/
Abraham Lincoln/
Willy Brandt)

Das Thema des dritten Symposiums der Reihe lautete „Kinder und Jugendliche als Täterinnen und Täter von Gewaltkriminalität“. Vor dem Hintergrund steigender Fallzahlen im Bereich Kinder- und Jugendkriminalität im Hellfeld erfährt das Thema bundesweit derzeit mediale und kriminalpolitische Aufmerksamkeit. Ziel des Symposiums war es daher, zentrale wissenschaftliche Erkenntnisse zur Kriminalitätslage und -entwicklung für die Polizei zugänglich zu machen und zu diskutieren sowie Handlungsansätze zur Prävention aufzuzeigen, um in Zukunft bestmöglich präventiv zu agieren und damit Kinder und Jugendkriminalität zu reduzieren.

Im Rahmen des dritten Symposiums wurde eine Kombination verschiedener Methoden und Formate gewählt, um möglichst verschiedene Aspekte der Entstehung, der Phänomenologie und der divergierenden Handlungsspielräume von Kindern und Jugendlichen zu betrachten. Hierzu beinhaltete die Veranstaltung zwei Impulsvorträge, eine Videocollage, eine Podiumsdiskussion sowie teilnehmerorientierte Themenschwerpunkte mit Vorträgen und Workshoparbeit.

Geplant und organisiert wurde das Symposium von der Kriminalistisch-Kriminologischen Forschungsstelle (KKF) des LKA NRW unter der Leitung von Dr. Maïke Meyer. Organisatorisch waren Isabel Krause, Kai Daubitz und Saskia Kretschmer hauptverantwortlich für das dritte Symposium. Zudem waren alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KKF sowie Praktikantinnen und Praktikanten in den Ablauf der Veranstaltung eingebunden. Darüber hinaus wurde das Symposium von zahlreichen Expertinnen und Experten unterschiedlicher Fachrichtungen unterstützt.

Präsentation Eröffnungsfolie



Screenshot: LKA NRW

Ein Tagungsbericht zur Veranstaltung wurde bereits in dem Online-Journal Kriminologie (KrimOJ) veröffentlicht (Kretschmer et al. 2024).

2 Programm und Teilnehmende

Das dritte Symposium der Reihe fand am 07./08. März 2024 unter dem Thema „Kinder und Jugendliche als Täterinnen und Täter von Gewaltkriminalität“ im LKA NRW statt. Die

Ausrichtung als Hybrid-Format ermöglichte eine Teilnahme vor Ort oder digital.

1. Veranstaltungstag: 07.03.2024

12:00- 12:40 Uhr	Begrüßung und Einführung <i>Herbert Reul, Innenminister NRW</i> <i>Björn Ekhoff, Abteilung 3 LKA NRW</i> <i>Dr. Maike Meyer, KKF LKA NRW</i>
12:40- 14:15 Uhr	Impulsvorträge <i>Prof. Dr. Thomas Bliesener, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.</i> <i>Prof. Dr. Clemens Kroneberg, Universität zu Köln/ ECONtribute</i>
14:15- 14:45 Uhr	Pause
14:45- 16:15 Uhr	1. Panel-Phase
16:15- 16:45 Uhr	Pause
16:45- 18:15 Uhr	2. Panel-Phase

2. Veranstaltungstag: 08.03.2024

09:00- 9:45 Uhr	Rückblick auf die Panel-Phasen
9:45- 10:00 Uhr	Videobeitrag: Stimmen zur Jugend
10:00- 10:30 Uhr	Pause
10:30- 12:00 Uhr	Podiumsdiskussion Moderation <i>René le Riche, Polizeipräsidium Düsseldorf</i> Teilnehmende <i>Frank Höver, Polizeipräsidium Bonn</i> <i>Prof. Dr. Theresia Höynck, Universität Kassel</i> <i>Franco Clemens, Streetworker</i> <i>Wolfgang Ettelt, Staatsanwalt Köln</i> <i>Silke Müller, Schulleiterin Hatten</i>
12:00- 12:15 Uhr	Resümee & Abschied <i>Dr. Maike Meyer, KKF LKA NRW</i>

Trotz Bestreikung des Bahn- und Luftverkehrs an den Veranstaltungstagen nahmen knapp 90 Personen in Präsenz und zudem rund 100 Personen digital teil. Der Kreis der Teilnehmenden setzte sich aus Angehörigen der Polizei Nordrhein-Westfalen (Kreispolizeibehörden und Landesoberbehörden), des Ministeriums des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen, des Ministeriums für Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen, der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen, der Deutschen Hochschule der Polizei,

Vertreterinnen und Vertreter der kriminologischen Forschungsstellen der Polizeien anderer Länder und des Bundeskriminalamts, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus den Disziplinen Kriminologie, Soziologie, Politikwissenschaften, Psychologie, Pädagogik, Vertreterinnen und Vertreter von Schule und Sozialarbeit sowie weiteren Expertinnen und Experten zu den in der Veranstaltung behandelten Themen zusammen. An den Panels nahmen jeweils rund 20 bis 40 Personen teil.

3 Dokumentation und Ergebnisse

3.1 Begrüßung und Einführung

Die Veranstaltung wurde durch den nordrhein-westfälischen Innenminister Herbert Reul durch ein Grußwort an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eröffnet. In seiner Rede befürwortete Herr Minister Herbert Reul die Symposiumsreihe, die sich mit zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklungen und damit in Zusammenhang stehenden, perspektivischen Anforderungen an die Sicherheitsbehörden befasst. Zugleich hob er die Bedeutung des Austauschs zwischen Wissenschaft und Praxis hervor.

Herbert Reul, Minister des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen



Fotos: LKA NRW

Björn Ekhoﬀ, Leiter Abteilung 3 des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen



Im Anschluss begrüßte der Abteilungsleiter der Strategischen Kriminalitätsbekämpfung Björn Ekhoﬀ die Teilnehmenden. Herr Ekhoﬀ verwies in seiner Rede auf die Bund-Länder-Projektgruppe „Kinder- und Jugendkriminalität“, dessen Arbeit im letzten Jahr aufgenommen wurde. Die Beschäftigung mit diesem Thema sei demnach nicht nur für Nordrhein-Westfalen von äußerster Relevanz, sondern in der gesamten Bundesrepublik. Herr Ekhoﬀ stellte außerdem die Besonderheit des „Weitblicks“ in diesem Jahr heraus, da mit der Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen der Name der Veranstaltung zutreffender nicht sein könnte.

Dr. Maïke Meyer, Leiterin der Kriminalistisch-Kriminologischen Forschungsstelle des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen



Foto: LKA NRW

Anschließend stellte Dr. Maïke Meyer die KKF und ihre Aufgaben, Forschungsbereiche und aktuelle Projekte vor, erläuterte den Hintergrund der Symposiumsreihe, führte inhaltlich in die Veranstaltung ein und informierte die Teilnehmenden über organisatorische Hinweise. Diese Informationen können auf der Homepage der KKF nachgelesen werden ([hier](#)).

Impulsvortrag zu den Erscheinungsformen und der Entwicklung von Gewalt im Kindes- und Jugendalter

Prof. Dr. Thomas Bliesener, Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e.V. (KFN e.V.), eröffnete mit einem Impulsvortrag die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Kinder- und Jugendgewalt. In einem Vergleich der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS), der Raufunfall-Statistik der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung und der Daten des Niedersachsensurveys (u.a. Dreißigacker et al, 2023) wies Prof. Dr. Bliesener vor allem auf Diskrepanzen in den Statistiken hin. Wird der Abfall der Fallzahlen während der Corona-Pandemie in der Betrachtung nicht berücksichtigt, so zeigt sich, dass der abgebildete Anstieg in der PKS durch die anderen Statistiken nicht gestützt wird. Während der Niedersachsensurvey ein recht gleichbleibendes Niveau der Gewaltkriminalität postuliert, zeigt die Unfall- und Raufstatistik sogar einen Abfall der gemeldeten Fälle.

Prof. Dr. Bliesener stellte Unterschiede in der Erfassung der Statistiken dar, welche die Diskrepanzen erklärbar machen könnten. So zeigen unterschiedliche Erhebungszeiträume der Statistiken über unterschiedliche Zugänge im Hell- und Dunkelfeld jeweils andere Ausschnitte der Kriminalität. Obwohl die Raufunfallstatistik und die Daten des Niedersachsensurveys gegen einen Anstieg über das Vor-Coronaniveau sprechen, müsse die Entwicklung im Hellfeld weiter sorgfältig beobachtet werden. Im Dunkelfeld korrespondiert die Täterschaft mit Migrationshintergrund und im Hellfeld zeigt sich ein stärkerer Anstieg der Gewaltvorfälle unter nichtdeutschen Kindern und Jugendlichen gegenüber deutschen Kindern und Jugendlichen. Prof. Dr. Bliesener ordnete diese Entwicklung vor dem Hintergrund eines starken Anstiegs der nichtdeutschen Bevölkerung ein, der insbesondere durch die Zuwanderungsbewegungen vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs zu erklären seien. Insgesamt lägen die Fallzahlen jedoch weit unter dem Niveau der Nuller-Jahre.

Impulsvortrag von Prof. Dr. Thomas Bliesener



Foto: LKA NRW

Prof. Dr. Clemens Kroneberg von der Universität Köln (ECONtribute) nahm in seinem Vortrag Risikofaktoren und Prädiktoren von Gewaltkriminalität in den Fokus und ordnete diese in formative Einflüsse, sozialräumliche Einflüsse und

situative Einflüsse ein. Über diese Analyse gewaltbegünstigender Faktoren arbeitete Prof. Dr. Kroneberg Ansatzpunkte für präventive Programme heraus und ordnete die Wirkungsweise und Bedeutung etablierter Maßnahmen und Kampagnen ein. Vor dem Hintergrund der komplexen Anforderungen nahm Herr Kroneberg nicht nur Sicherheitsakteure, sondern auch die Politik und Zivilgesellschaft in die Verantwortung Kinder und Jugendliche sowie deren Sozialräume zu stärken, ihre Settings zu gestalten und Zugänge zu regeln. Die Multifaktorielle Verursachung von Gewaltkriminalität verlange eine differenzierte Betrachtung von Tätergruppen, Motiven und Einflüssen sowie der Evaluation bestehender Präventionsmaßnahmen, um evidenzbasiert vorzugehen.

Impulsvortrag von Prof Dr. Clemens Kroneberg



Foto: LKA NRW

Diskussion der Impulsvorträge

In der Diskussion der Impulsvorträge wurde Prof. Dr. Kronebergs Argument zur Evaluierung bestehender Maßnahmen gestärkt. Es brauche eine bessere Evaluationskultur, um Praxis und Wissenschaft zu verzahnen und Erkenntnisse zu gewinnen, wie Maßnahmen umgesetzt werden müssen. In der

weiteren Auseinandersetzung mit den Vorträgen wurde hinterfragt, woher der Eindruck der Lehrkräfte käme, dass sich die Situation verschärfe, wenn es faktisch gar keinen Anstieg gäbe. Prof. Dr. Bliesener ordnete ein, dass Gesamttrends nicht im Widerspruch dazu stünden, dass einzelne Schulen nach oben oder unten abweichen. Tatsächlich gebe es auch Schulen, die nicht berichten, dass sich die Situation verschärfe. Weiterhin wurde bemängelt, dass die desensibilisierende Wirkung durch Onlinemedien in der Darstellung der Ursachen bislang zu kurz gekommen sei. Die Referenten verwiesen auf Wissenslücken in der Forschung, die den Entwicklungen der Medien hinterherhänge. In diesem Zusammenhang wurde noch einmal auf die Wichtigkeit von aktueller Forschung und einem regelmäßigen Monitoring verwiesen. Ein weiterer Beitrag aus dem Plenum drängte dabei auf eine differenzierte Betrachtung von passiv Konsumierenden und denjenigen, die aktiv Gewaltvideos produzieren. Bei Letzteren könnten Ermittlungserfolge durch die Analyse des Materials erzielt werden, die die Polizei als abschreckende Maßnahme publik machen sollte. Ferner wurden Sprachbarrieren in der aktuellen Präventionslandschaft thematisiert, die den Zugang für gefährdete Kinder und Jugendliche erschweren würden. Schließlich wurden die Referenten um Erkenntnisse zu etwaigen Erziehungsdefiziten gebeten. Prof. Dr. Bliesener berichtete von der protektiven Wirkung eines autoritativen Erziehungsmodells, das gleichermaßen wertschätzend und wertebasiert sei. Ein Rückzug der Eltern aus dem Erziehungsauftrag könne einen Einfluss auf die Gewaltbereitschaft von Kindern und Jugendlichen haben. Allerdings handle es sich um einen langsamen Prozess, der sich erst nach einiger Zeit in den Daten abbilde. Prof. Dr. Kroneberg ergänzte, dass viele Studien diese Betrachtung nicht hergäben

3.2 Panels

Im Anschluss an die Impulsvorträge fanden die beiden Panelphasen zu den vier ausgewählten Themenbereichen *Öffentlicher Raum*, *Digitaler Raum*, *Erklärungsansätze* und *Maßnahmen* statt. Die Panels wurden jeweils von zwei Mitarbeitenden der KKF betreut und durch die Vorträge externer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler angestoßen. Auf die Panelphasen von 90 Minuten entfielen rund 30–45 Minuten auf die Vorträge und rund 45–60 Minuten auf die Diskussion.

1 Öffentlicher Raum

Der erste Themenschwerpunkt betrachtete einen zentralen Handlungsraum von Kindern und Jugendlichen: den öffentlichen Raum. Als potenzieller Treffpunkt und Austragungsort

und die Datenlage dazu defizitär sei und ausgebaut werden müsse.

Diskussion mit Thomas Bliesener und Clemens Kroneberg



Foto: LKA NRW

für Konflikte stellt der öffentliche Raum auch einen Schauplatz für gewalttätiges Verhalten dar. Dabei kommt dem öffentlichen Raum die gesonderte Rolle zuteil, dass Kriminalität, die dort wahrgenommen wird, auch die empfundene Sicherheit beeinflusst. Gewalttaten von Kindern und Jugendlichen im öffentlichen Raum werden dabei häufig medial rezipiert. Gleichzeitig stellt die Raumnutzung von Kindern und Jugendlichen Stadtplanung und -entwicklung oftmals vor Herausforderungen, da missbräuchliche Nutzung oder Sachbeschädigung vermieden werden soll, ohne die Kinder und Jugendlichen aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen. Vor diesem Hintergrund war es das Ziel des Themenschwerpunktes, gemeinsam die Rolle des öffentlichen Raums für Kinder und Jugendliche zu erarbeiten und mögliche Ursachen für die

Entstehung von gewalttätigen Auseinandersetzungen zu identifizieren, um letztendlich einen Umgang mit den Konflikten, die Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum betreffen, zu finden.

Panel 1

Im ersten Teil des Themenschwerpunktes „Öffentlicher Raum“ widmete sich Prof. Dr. Ulrich Wagner von der Philipps-Universität Marburg dem Thema „Intergruppenkonflikte (im öffentlichen Raum)“. Der Diplompsychologe beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Aggression und Gewalt, Prävention, Evaluation und insbesondere Intergruppenkonflikten. In einem anschaulichen Beispiel stellte Prof. Dr. Wagner dar, welche Effekte Gruppenzugehörigkeiten auf das Verhalten von Menschen ausüben können. Anhand der „Theorien der sozialen Identität“ (Tajfel et al., 1979) stellte Prof. Dr. Wagner dar, welche Bedeutung Gruppenzugehörigkeiten für die Identität haben. Gruppen seien identitätsstiftend und informationsrelevant. Dies bedeute, der Mensch versuche die eigene Gruppe aufzuwerten und orientiere sich an Werten und Normen der jeweiligen Gruppe. Der öffentliche Raum stelle bei den genannten Gruppenprozessen eine Möglichkeit zur Partizipation dar. Prof. Dr. Wagner hob vor diesem Hintergrund hervor, dass es nicht-kommerzielle Freizeit- und Raumgestaltung für Kinder und Jugendliche bräuchte, um Kinder und Jugendlichen Partizipationsangebote im öffentlichen Raum zu liefern. Über diese sei es sodann auch möglich Präventions- und Interventionsangebote zu realisieren. Damit sei aber auch eine abgestimmte Präventionsarbeit aller Akteure (Polizei, Ordnungsamt, Jugendamt, Raumplanung, Kultur, Schulen, etc.) nötig.

In der anschließenden Diskussion wurde schnell klar, dass es einen natürlichen Bedarf von Kindern und Jugendlichen gibt, den öffentlichen Raum als Aufenthaltsort zu nutzen. Hieraus entstehen Nutzungskonflikte zeitlicher und räumlicher Art. Die Möglichkeit von Kindern und Jugendlichen, den öffentlichen Raum zu nutzen, wird dann eingeschränkt, wenn Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen nicht oder nur unzureichend adressiert werden. Die Teilnehmenden sahen den Bedarf für eine gelingende Präventionsarbeit darin, dass Kinder und Jugendliche aktiv an der Gestaltung von öffentlichen Räumen beteiligt werden. Daraus ergab sich die Forderung nach gezielter Partizipation und einer kontinuierlichen, langfristigen und transparenten Einbindung von Kinder- und Jugendgruppen. Hervorgehoben wurde hierbei insbesondere die Beteiligung nicht-organisierter Kinder- und Jugendgruppen. Dies erfordere eine attraktive und niedrigschwellige Beteiligung, die sich nach den tatsächlichen Bedürfnissen der

Kinder und Jugendlichen richtet und nicht politisch oder anderweitig instrumentalisiert wird.

Nichtsdestotrotz stellten die Teilnehmenden fest, dass auch trotz einer Einbindung von Kindern und Jugendlichen nicht alle Konflikte im öffentlichen Raum vermieden werden können. Die Problematik, durch bestehende Gruppenzugehörigkeit gegeneinander zu arbeiten, könne dabei vorgebeugt werden, indem bestehenden Gruppenkonflikten aktiv entgegen gewirkt wird. Zunächst einmal müssen Nutzungsmotive und Bedürfnisse an den öffentlichen Raum von Kindern und Jugendlichen genauer verstanden werden. Gleiches gilt für die Einstellungen von Kindern und Jugendlichen gegenüber anderen „Outgroups“. Als zentrales Beispiel hierzu wurde der Kontakt zwischen der Polizei und Kindern und Jugendlichen aufgeführt. Durch den Kontakt im Rahmen von polizeilichen Aufgaben (Kontrolle, Festnahme, etc.) seien die Fronten oft verhärtet. Die Teilnehmenden diskutierten Möglichkeiten, diese Gruppenzugehörigkeiten ein Stück weit aufzulösen. Darüber hinaus wurde über weitere Möglichkeiten diskutiert, mit Konflikten im öffentlichen Raum umzugehen. Zentral sei es hierbei, Effekten der Gruppenzugehörigkeit entgegenzuwirken. Vor diesem Hintergrund diskutierten die Teilnehmenden über den Einbezug von Mediatorinnen und Mediatoren, wie Praxisakteurinnen und -akteuren aus der Sozialen Arbeit, die durch ihre Arbeit zwischen Kindern sowie Jugendlichen und der Polizei vermittelnd tätig sein können. Außerdem könnten durch aktiv initiierte Kontaktaufnahme der Polizei mit Kindern und Jugendlichen außerhalb der eigentlichen Polizeiaufgaben Vorurteile abgebaut werden. Außerdem könnte so (beiderseits) positiver Kontakt erlernt werden. Im Hinblick auf die Polizei wurde von den Teilnehmenden kritisch und reflektiert angemerkt, dass auch hier „In- und Outgroup“-Prozesse stattfinden und auch diesen präventiv, beispielsweise im Rahmen des Studiums durch Kontakt mit anderen nicht-polizeilichen Gruppen, begegnet werden muss.

Insgesamt sei der öffentliche Raum also vor allem ein Begegnungsort, der Kindern und Jugendlichen zugänglich gemacht werden muss und Flächen für einen positiven Kontakt bieten sollte, um gewalttätigen Gruppenkonflikten möglichst vorzubeugen.

Panel 2

Einen besonderen Fall der gewalttätigen Auseinandersetzung im öffentlichen Raum stellt die vielseitig diskutierte Messergewalt dar. Der insbesondere medial viel rezipierte Anstieg von Messerdelikten hat besonders im öffentlichen Raum eine hohe Stahlkraft. Nicht zuletzt beschäftigt sich die Prävention in diesem Kontext aktuell mit der Vorbeugung und

Reduzierung der Selbstbewaffnung. Häufig damit in Verbindung gebracht werden Kinder und Jugendliche. Aktuelle Zahlen der Befragung von Schülerinnen und Schüler des Niedersachsensurvey (Dreißigacker et al., 2023) zeigen auf, dass die Selbstbewaffnung von Schülerinnen und Schüler bedenklich ist (2022: 20,6% geben an, sich schon einmal in der Freizeit bewaffnet zu haben; 7,3% in der Schule).

Elena Rausch, Juristin an der Kriminologischen Zentralstelle (KrimZ) in Wiesbaden, beschäftigt sich in ihrer Forschungstätigkeit unter anderem mit Messergewalt und Gewaltkriminalität. Als Vortragende im zweiten Teil des Themenschwerpunktes stellte sie aktuelle Ergebnisse einer „Messerstudie“ der KrimZ vor und ging dabei insbesondere auf gängige Mythen zur Messerkriminalität ein (Rausch et al., 2023). Anhand der Auswertung von Urteilstexten zu schweren Gewaltdelikten zeigte sie, dass Messerattacken auf Fremde im öffentlichen Raum eher zu den Einzelfällen gehören. Weiterhin identifizierte sie in ihrem Vortrag verschiedene Subtypen von Messergewalt, hierunter Konfliktsituationen in psychischen Ausnahme-situationen, Häusliche Gewalt und jugendlicher Symbolismus. Insbesondere Letzteres wurde ein Anknüpfungspunkt in der Diskussion.

Abseits von den medial oftmals aufgegriffenen „messerstechenden Jugendlichen“ sei nach dem Verständnis der Teilnehmenden das bloße Mitführen einer Waffe ein zentrales Problem. Das Plenum formulierte hieraus den Bedarf, Kinder und Jugendliche davon abzuhalten, überhaupt ein Messer mitzuführen. Hierzu sei es notwendig, die Ängste und die Motivationen zum Mitführen einer Waffe bei Kindern und Jugendlichen zunächst zu verstehen. Die Teilnehmenden adressierten einen Aufklärungsbedarf bei Kindern und Jugendlichen. Mögliche Lösungsansätze seien dabei in erster Linie die transparente Kommunikation möglicher Risiken und Folgen und das Aufzeigen von alternativen Konfliktlösungsstrategien. Die Notwendigkeit der Bewaffnung rühre daher, dass entweder keine Alternative bekannt sei oder gewalthafte Lösungen von Konflikten vorgelebt werde. In beiden Fällen sei es notwendig, die Risiko- und Subgruppen zu identifizieren und diese direkt anzusprechen. Hierzu seien differenzierte Angebote – über herkömmliche Präventionskanäle (z. B. Elternarbeit) hinaus – notwendig. Außerdem müssen Sprachbarrieren möglichst vermieden und auf eine adressatengerechte Ansprache geachtet werden.

Auch die Verantwortungsfrage wurde unter den Teilnehmenden rege diskutiert. Das Plenum kam dabei zu dem Entschluss, dass möglichst viele Akteurinnen und Akteure hierbei eingebunden werden müssen und es sich um eine geteilte Verantwortung handle. Eltern, Lehrerinnen und Lehrer,

Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Polizei sowie weitere Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und vermittelnde Instanzen seien für einen ganzheitlichen Umgang mit Kindern und Jugendlichen unabdingbar, sodass mögliche Motive und Ängste von Kindern und Jugendlichen direkt adressiert und auf den richtigen Weg gebracht werden.

2 Digitaler Raum

Der zweite Themenschwerpunkt widmete sich dem digitalen Raum und den unterschiedlichen Erscheinungsformen von Gewalt im Netz. Konflikte, die im öffentlichen oder auch privaten Raum stattfinden, verlagern sich in den digitalen Raum oder treten hier neu in Erscheinung. Die Jugendlichen sind hier einem Raum ausgesetzt, der laut Expertinnen und Experten nicht ausreichend reguliert ist und sie Gewalterfahrungen und -anwendung ohne ausreichende Unterstützung verarbeiten müssen. Die Vorträge in den Panels widmeten sich den Schwierigkeiten und unterschiedlichen Gewaltformen im Netz, zudem wurden auch mögliche praktische Handlungsmaßnahmen vorgestellt.

Panel 1

Das erste Panel zum Thema Digitaler Raum wurde durch einen Vortrag von Prof. Dr. Sebastian Wachs von der Universität Münster angestoßen. In seinem Vortrag präsentierte er wissenschaftliche Erkenntnisse und praktische Handlungsmaßnahmen rund um das Phänomen Hatespeech (u.a. Wachs et al., 2020; Wachs et al., 2021). Nach der definitorischen Einordnung, die Hatespeech als Äußerungen zur absichtlichen Abwertung, Bloßstellung, Beleidigung oder Ausgrenzung von Personen auf der Basis bestimmter Gruppenmerkmale fasst, stellte Prof. Dr. Wachs zunächst Studienergebnisse zur Verbreitung und der Erscheinungsformen des Phänomens vor. Die Zahlen machten deutlich, dass online verübte Hatespeech ein Spiegelbild realer Verhältnisse ist. So üben die Jugendlichen, die offline Hatespeech ausüben häufig, auch online Hatespeech aus. Zwar werde Hatespeech im Internet aufgrund von Online-Enthemmungseffekten am häufigsten erlebt, doch rangieren direkt dahinter auf Platz zwei die Schulen. Dies verwies auf die Notwendigkeit, dass die beiden Ebenen offline und online Hatespeech zusammen gedacht werden müssen. Die Ausübung könne häufig mit einem Bedürfnis nach Macht und Anschluss erklärt werden. Prof. Dr. Wachs betonte dabei den rapiden Wandel der Erscheinungsformen, also welches Gruppenmerkmal zum Ziel der Hatespeech wird. Obgleich Hatespeech von Betroffenen immer als belastend empfunden werde, zeigten weitere Studienergebnisse, dass soziale Ressourcen eine abmildernde Wirkung haben.

Mit dem Präventionsprogramm HateLess präsentierte Prof. Dr. Wachs einen seiner Arbeitsschwerpunkte: den Wissenschafts-Praxis-Transfer. Das Präventionsprogramm richtet sich an Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen sieben bis neun und soll die Zielgruppe über ein einwöchiges modulares Programm zu einem konstruktiven Umgang mit Hatespeech empowern. Das frei verfügbare Downloadmaterial umfasst unter anderem Ablaufpläne, Arbeitsaufträge, Methodenkarten und Animationsvideos. Eine umfangreiche Evaluation des Programms bestätigt dessen positive Wirkung auf den Umgang mit Hatespeech, indem etwa Counterspeech gefördert wird und die Beziehung zu Lehrkräften sowie der Klassenzusammenhalt verbessert wird.

In der Diskussion wurde der Wert des vorgestellten und ähnlicher Präventionsprogramme betont. Es sei jedoch unbedingt notwendig, dass an einem integrierten und aufeinander abgestimmten Gesamtprogramm gearbeitet wird, das die Schüler Schülerinnen und Schüler von der ersten Klasse an mit jeweils altersgerechten Präventionsinhalten begleitet. Die Schulen und Lehrkräfte würden neben den Lehrplänen durch immer mehr pädagogische Aufgabenstellungen und Programme überfordert werden. Intransparente Prozesse zur Anzeigenerstattung an Schulen, die weder von Schulleitenden noch Lehrkräften beherrscht werden, würden den Umgang mit Themen wie Hatespeech und den Zugriff durch die Polizei erschweren. Weiterhin wurde die derzeitige Rechtslage problematisiert, die die Sicherung digitaler Beweismittel durch Lehrkräfte verbieten kann, da diese sich strafbar machen können.

Die Teilnehmenden waren sich einig, dass sowohl durch die Polizei als auch durch die Lehrkräfte ein offener Umgang mit Hatespeech gewählt werden müsse, der die Betroffenen sowie den Klassenverbund als Ganzes empowert. Insgesamt sei in vielen Bereichen Aufklärungsarbeit an den Schulen notwendig, die durch die Polizei unterstützt werden könne.

Panel 2

Die zweite Panelphase beschäftigte sich unter dem Titel „sexuelle Grenzverletzung mittels digitaler Medien“ mit Sexting und wurde durch einen Vortrag der freien Dozentin Dr. Christina Witz eröffnet (Witz, 2021a). Dr. Witz warf ein Schlaglicht auf die entwicklungsbezogene Bedeutung von Sexting, welches nach und nach herkömmliche Wege zur Anbahnung sexueller Kontakte ablöse. Bei Sexting handele es sich um eine zeitgemäße Form sexueller Handlungsfähigkeit sowie eine digital vermittelte intime Erkundungs- und Ausdrucksmöglichkeit. Eine besondere Bedeutung kam in ihrem Vortrag dem

Faktor der Einvernehmlichkeit zu, wenn es um den Austausch freizügiger Bilder geht. Alle nicht-konsensuellen Bildbeschaffungen, -veröffentlichungen und -weiterleitungen seien per Definition kein Sexting. Sexting zeichne sich durch eine starke Ohnmachtserfahrung aus, die in der hohen Reichweite und Verbreitungsgeschwindigkeit sowie einem hohen Stigmatisierungsrisiko begründet sei. Präventionsansätze sah Dr. Witz in einer Aufklärung über medienbezogene Risiken sowie einer möglichst schnellen Intervention, um die Verbreitung zu reduzieren oder sogar zu verhindern.

Mit einem Blick auf die Geschlechterperspektive (vgl. Witz, 2021b) zeigte die Referentin, dass in der Ablichtung des stark sexualisierten weiblichen Oberkörpers wenig Anonymität gewahrt werden kann, während die für Sexting typisch männlichen Penisbilder mehr Anonymität zulassen. Grund hierfür sei, dass in der Regel bei einem Foto des Oberkörpers mehr Fläche vom Körper abgebildet wird als bei einem Bild vom männlichen Genital und damit mehr Fläche für persönliche Merkmale (Muttermale, Narben, Tätowierungen, etc.) vorhanden ist. Die Verbreitung des Bildmaterials schädige Mädchen entsprechend härter als Jungs. Dieser Befund sei insofern problematisch, dass Eltern und Lehrkörper insbesondere beim Sexting die Schuld durch die Unterstellung narzisstischer Motive, Charakterschwäche, Unglaubwürdigkeit und Dummheit dem Opfer zuschreiben und einen Gefahrendiskurs pflegen. Aus Angst vor der Anzeige der Tat setze sich die Viktimisierung durch weiteres Teilen der Bilder dauerhaft fort.

Für die Prävention bedeute dies, dass der Fokus vom Opfer auf den Täter gelegt werden sowie ein gutes Verhältnis von Lehrpersonen zu ihren Schülerinnen und Schülern hergestellt werden müsse. Letzteres sei eine Grundvoraussetzung dafür, dass sich ein Opfer offenbart und die Tat bearbeitet werden könne.

In der Diskussion wurde unter anderen die Frage behandelt, in welchen Konstellationen eine Anzeige ratsam ist, wenn der Austausch sexueller Bildinhalte doch zum normalen jugendlichen Verhalten geworden ist. Es könne lediglich Orientierungsrahmen geben, die sich an der Differenzierung der Bildinhalte sowie an der betroffenen Person und an der Täterin oder dem Täter orientiert. Dazu würden Fragen danach gehören, wie sexuell die erzeugten Bildinhalte sind, ob Missbrauchssituationen vorliegen, wie hoch das Stigmatisierungsrisiko eingeschätzt wird, welche Erwartungen das Opfer an eine Aufarbeitung stellt und ob die Täterin oder der Täter bereits vorher auffällig war und ein Bewusstsein über die Schwere der Tat vorliegt. In diesem Kontext wurde mit Blick

auf zukünftige Entwicklungsperspektiven davor gewarnt, Täterinnen und Täter überhart zu bestrafen und zu stigmatisieren. Schließlich seien auch Täterinnen und Täter im Vorfeld oft selber Opfer.

Ein weiterer Diskussionspunkt lag im Spannungsfeld zwischen den wachsenden Aufgaben und den limitierten Ressourcen von Lehrkräften. Trotz limitierter zeitlicher und personeller Ausstattung sollten Schulen ihre Lehrkräfte in der Breite sensibilisieren und einzelne spezialisierte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für jeweilige pädagogische Sonderfälle in den Schulen fortgebildet werden. Sowohl die Polizei als auch Eltern müssten Unterstützung leisten. Zwar nehme Sexting in der Prävention der Polizei bereits einen großen Anteil ein, dennoch könne weiter nachgebessert werden. In der Erziehung der Eltern müsse das Bewusstsein für Rechte am eigenen Bild gestärkt werden und damit auf die Digitale Welt vorbereitet werden. Dr. Witz zeigte in diesem Kontext die Defizite in der sexuellen und digitalen Erziehung durch Eltern auf.

In der Diskussion über einen gelungenen Transfer polizeilicher Prävention in die Lebenswelten Jugendlicher wurde die Rolle von Social Media und von Influencerinnen und Influencern erörtert und eine Kampagne der Bayerischen Polizei in Kooperation mit Falco Punch angeführt. Es ginge darum, die Sensibilisierungskampagnen auf Plattformen zu bringen, die Kinder und Jugendliche tatsächlich nutzen und die nicht vom Algorithmus aussortiert werden.

Insgesamt wurde die Verschiebung von einem Gefahrendiskurs zu einem Normalisierungsdiskurs begrüßt und ein offener Umgang mit neuen Formen der sexuellen Kontaktaufnahme sowie einer offenen pädagogischen Grundhaltung zugestimmt.

3 Erklärungsansätze

Die Frage, warum einige (wenige) Kinder und Jugendliche delinquent handeln, während andere scheinbar (nach Betrachtung des Hellfeldes) einen rechtsschaffenden Lebensweg einschlagen, beschäftigt neben Forschung und Polizei gleichermaßen auch die Ressorts Schule und Bildung, Soziale Arbeit oder Recht. Der Themenblock 3 widmete sich dieser Fragestellung aus verschiedenen Blickwinkeln. Dabei wurden grundsätzliche Aspekte wie Herkunft, aber auch dynamische Bedingungen (Auswirkungen des Pandemiegeschehens) beleuchtet.

Panel 1

Aufbauend auf seinem Impulsvortrag über allgemeine Ursachen von Gewalt im Kindes- und Jugendalter, fokussierte Prof. Dr. Clemens Kroneberg von der Universität zu Köln (Initiative ECONtribute) im Panel 1 auf das Thema „Ethnische Herkunft und Jugendgewalt“. Er stellte im Rahmen einer differenzierten Betrachtung dieses komplexen Themas heraus, dass Unterschiede nach ethnischer Herkunft keine (kausale) Erklärung für die Entstehung von Gewalt seien. Vielmehr könne man hier von einem erklärenden Zusammenhang sprechen, zumindest sofern dieser im Einzelfall bestehe. Weiter führte er aus, dass insbesondere die Gründe für die erhöhte Gewaltbelastung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf politischer Ebene kontrovers diskutiert werden. Während einerseits die verschiedenen Grade an sozioökonomischer Marginalisierung als Begründung angeführt werden, stellen andere mögliche Unterschiede in der Herkunftskultur heraus.

Hierzu führte Prof. Dr. Kroneberg aus, dass bisher kein empirisch belegter Einfluss der Herkunftskultur gefunden wurde. Dabei bezog er sich vor allem auf Daten zu Freundschaftsnetzwerken und Gewalt aus der Studie „Freundschaft und Gewalt im Jugendalter“ (Kroneberg et al., 2016). Die statistischen Analysen zeigen, dass Herkunftslandmerkmale nicht mit berichteter Gewalt zusammenhängen und sie inter-ethnische Unterschiede nicht erklären. Offen bleibe jedoch die Frage, „warum ... (manche) ethnische Gruppen ungünstigere Ausprägungen auf den proximalen Determinanten von Gewalt (z. B. Elterngewalt, Freizeitaktivitäten, moralische Ablehnung von Gewalt)“ haben.

Prof. Dr. Kroneberg schlussfolgerte, dass „die Ergebnisse ... den Wert universalistischer Präventions- und Interventionsmaßnahmen“ unterstreichen. Zudem „sollten [wir] den Einfluss der Herkunftsländer nicht überschätzen und Jugendgewalt nicht als Merkmal bestimmter ethnischer Gruppen ansehen („Schubladendenken“)“.

Die sich anschließende Diskussion fokussierte den Umgang mit den implizierten Zusammenhängen. Hierzu kamen die Teilnehmenden zu den Lösungsansätzen, auch insbesondere qualitative Forschung bei der Betrachtung krimineller Karrieren heranzuziehen, um sich nicht der Gefahr der Pauschalisierung auszusetzen. Darüber hinaus wurde thematisiert, inwiefern wissenschaftliche Publikationen in diesem Zusammenhang dazu führen, „Schubladendenken“ aufzugeben oder sie dazu führen, dass diese Denkstrukturen fortbestehen.

Ein weiterer Aspekt, der diskutiert wurde, war die Gefahr, sich in der Forschung alleine auf Durchschnittsunterschiede von Gruppen zu fokussieren und die Variation innerhalb einzelner Gruppen zu vernachlässigen.

Panel 2

Die weltweite Ausbreitung von COVID-19 beeinflusste das Leben der Menschen auf der ganzen Welt, aber auch speziell in Deutschland auf vielfältige Art und Weise. Erste Erkenntnisse aus der postpandemischen Forschung zeigen jedoch, dass augenscheinlich vor allem Kinder und Jugendliche unter den Auswirkungen der Maßnahmen zur Pandemieeindämmung litten. Dabei scheinen sich die Auswirkungen nicht nur auf das Erleben im öffentlichen Raum ausgewirkt zu haben, sondern es konnten auch im Einzelnen psychische Auswirkungen festgestellt werden. Ohne gesondert auf die bereits häufig diskutierten Einschränkungen während der Pandemie einzugehen, befasste sich das zweite Panel insbesondere mit den Auswirkungen der Coronapandemie auf Kinder- und Jugendkriminalität. Hierzu wurden zwei Vorträge gehalten: Dr. Severine Thomas von der Universität Hildesheim stellte in ihrer Präsentation als digitale Referentin Ergebnisse der JUCO-Studien vor (Andresen et al., 2023). Ergänzt wurde Sie von Prof. Dr. Dirk Baier von der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaft, der einen Vortrag aus kriminologischer Sicht über den Anstieg der Kinder- und Jugendkriminalität als Folge der Coronapandemie hielt (Baier et al., 2022).

Dr. Thomas zeigte auf, dass es im Laufe der Coronapandemie zu einer Zunahme von Risikofaktoren (insbesondere psychischer Natur) für die kindliche und jugendliche Entwicklung kam. Beide Referierende stellten in diesem Zusammenhang noch einmal den Anstieg der Fallzahlen im Hellfeld der Kinder- und Jugendkriminalität nach der Pandemie heraus. Dieser postpandemische Anstieg von Gewaltdelikten durch Kinder und Jugendliche könne Prof. Dr. Baier zufolge aber nicht alleine auf die pandemischen Auswirkungen zurückgeführt werden, da sich bereits präpandemisch in Teilen ein ansteigender Trend beobachten ließ. Ergänzend hierzu wurde festgehalten, dass sich die aktuellen Entwicklungen im Hellfeld nicht nur in Deutschland, sondern beispielsweise auch in der Schweiz und Österreich zeigen.

Nach den Vorträgen wurden, im skizzierten Spannungsfeld der „gefährlichen“ aber auch „gefährdeten“ Jugend, die gestiegenen psychischen Belastungen von Kindern und Jugendlichen thematisiert und problematisiert. Darüber hinaus wurden weitere Gründe für den Anstieg der Kinder- und Jugendkriminalität erörtert, wie beispielsweise generelle Werte-

veränderungen (Zunahme bei gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen und gewaltakzeptierenden Einstellungen bei Jugendlichen). Daraus ergab sich für die Teilnehmenden der Lösungsvorschlag, neben Daten aus dem Hellfeld auch zusätzlich und standardisiert Erkenntnisse aus Forschungsarbeiten und Befragungen noch stärker heranzuziehen, da Befragungen unabhängig von z. B. polizeilicher Tätigkeiten und dem Anzeigeverhalten der Bevölkerung, aber auch der medialen Berichterstattung seien.

Ziel der präventiven Maßnahmen sei dabei die Entstehung von kriminellen Verhaltensweisen zu verstehen und damit effektive Ansätze zu initiieren. Speziell während der Pandemie erschien das Erreichen der besonders von Kriminalitätsfaktoren gefährdeten Zielgruppen erschwert. Herausgearbeitet wurde auch, dass trotz merklichen Anstiegs der Risikofaktoren weiterhin nur ein kleiner Anteil der Kinder- und Jugendlichen (vermehrt) straffällig wird. Daher liege die Vermutung nahe, dass die Risikofaktoren während der Pandemie unterschiedlich stark auf die unterschiedlichen Kinder und Jugendlichen wirkten. Abschließend diskutierten die Teilnehmenden darüber, wie Forschende ihr Wissen perspektivisch noch besser für die Allgemeinheit aufbereiten könnten, um im öffentlichen Diskurs eine stärkere Berücksichtigung zu erfahren.

4 Maßnahmen

Abschließend zu den drei vorangegangenen Panels beschäftigte sich der vierte Themenschwerpunkt mit den Maßnahmen, die im Kontext von Gewalt durch Kinder und Jugendlichen umgesetzt werden können. Es ist von zentraler Bedeutung, dass die Maßnahmen seitens der involvierten Akteurinnen und Akteure sowohl auf Praxiserfahrungen als auch wissenschaftlich fundierten Ergebnissen beruhen, um diese bestmöglich zu implementieren und anpassen zu können.

Panel 1

Leider entfiel der Vortrag von Dr. Miriam Schroer-Hippel vom Deutschen Institut für Menschenrechte zu den Handlungsansätzen zur Prävention.

Panel 2

In der zweiten Panelphase „Polizeiliches Handeln im Umgang mit Jugendlichen“ stellte Diego Farren von der Universität Hamburg seine Dissertation zum Themenschwerpunkt prozedurale Gerechtigkeit (Procedural Justice) vor (u.a. Farren et al., 2018; Farren, 2023). Er beschäftigte sich mit der Wahrnehmung der Polizei bei Jugendlichen und inwiefern

diese Wahrnehmung regelkonformes Verhalten der Jugendlichen beeinflusst. Die Theorie der prozeduralen Gerechtigkeit postuliert, dass die Wahrnehmung von Fairness und Gerechtigkeit davon abhängt, wie Menschen einschlägige Erfahrungen in diesem Kontext wahrgenommen haben. Farren legte hier seinen Fokus auf die Beobachtung von Prozessen und zeigte auf, dass die vier Säulen prozeduraler Gerechtigkeit (Respekt, Regelkonformität, Zuhören, Transparenz) die Akzeptanz und Internalisierung fremder (institutioneller) Regeln sowie die Validierung und Akzeptanz der Polizei beeinflussen.

Kernthemen der Prozeduralen Gerechtigkeitstheorie sind, dass die Wahrnehmung fairer Prozesse während einer Interaktion wichtiger sei als das Ergebnis aus dieser. Faire Prozesse seien entscheidend, um Vertrauen aufzubauen und die Legitimität (fremder) Normen zu erhöhen.

Diego Farrens Analyse von Daten aus über 30 Ländern konnte u.a. aufzeigen, dass eine prozedurale Fairness als einer der stärksten Faktoren großen Einfluss auf die Legitimität, Anerkennung sowie Einhaltung institutioneller Regeln hat. Farren berichtete weiter, dass im Kontext der verwendeten Daten die Qualität des Kontakts mit der Polizei nur in drei Ländern erhoben wurde, die er in seiner Studie betrachtet hat. Die Ergebnisse zeigten, dass die Qualität des Kontakts mit der Polizei Einfluss auf das spätere Verhalten haben

kann: Wenn mindestens eine der vier Säulen prozeduraler Gerechtigkeit fehlte, wurden beispielweise polizeiliche Kontrollen in ihrer Qualität schlecht bewertet. Seine Ergebnisse zeigten weiter, dass bei schlechten Erfahrungen die Bereitschaft, sich in der Zukunft regelkonform zu verhalten, sinkt. Bei guten Erfahrungen im Kontakt mit der Polizei fielen die Unterschiede bzw. Ergebnisse geringer aus, die Polizei wird besser bewertet. Dennoch war die Bewertung nicht durchgehend positiv. Dieser asymmetrische Effekt im Kontakt mit der Polizei konnte mit den aktuellen Befunden seiner Forschung nicht eindeutig erklärt werden.

Zum Abschluss seines Vortrags reflektierte Farren die Ergebnisse der Dissertation und schlug darauf basierend allgemeine Handlungsempfehlungen vor, die nicht für spezifische Institutionen, sondern allgemeingültig formuliert waren: Das Fördern von Fairness sei lohnenswert. Auch in der Gesellschaft mache sich eine allgemeine Forderung nach Respekt, Empathie und Umsicht sichtbar. Polizeien als Institution haben die Möglichkeit, diesen Wandel und die Forderung für sich zu nutzen. Die Vermittlung von Fairness und faires Handeln solle verstärkt in die Ausbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern integriert werden. Weiter sei es wichtig, dass auch Fairness in einer Institution selbst vermittelt und umgesetzt wird. Wenn Fairness nach außen glaubhaft vermittelt und umgesetzt werden soll, sei es unumgänglich, diese auch in der eigenen Institution selbst zu realisieren.

3.3 Rückblick auf die Panelphasen

Zu Beginn des zweiten Veranstaltungstages wurden die Inhalte und die wichtigsten Arbeitshypothesen der einzelnen Panelphasen von den jeweiligen Organisatorinnen und Organisatoren zusammengefasst und vorgetragen.

Zentrale Bedarfe, die sich in den einzelnen Themenschwerpunkten wiederfanden, waren:

1. **Der Forschungsbedarf:** Empirische Erkenntnisse zu konkreten Motivlagen, Bedürfnissen und Ängsten von Kindern und Jugendlichen sind noch immer optimierungswürdig. Die bisher umfangreichste Datenbasis stellt die Befragung der Schülerinnen und Schüler im Rahmen des Niedersachsensurvey des KFN dar. Studien wie diese dienen als Vorreiter und sollten weiter quantitativ wie auch qualitativ ausgebaut werden, um Kinder und Jugendliche besser zu verstehen und die Präventionsangebote adressatengerecht und bedürfnisorientiert auszubauen. Insbesondere qualitative Forschung kann dabei helfen, konkrete Sub- und Risikogruppen zu identifizieren und besser zu verstehen.
2. **Der Partizipationsbedarf:** In verschiedenen Handlungsräumen von Kindern und Jugendlichen geht es um die Teilhabe. Räume sollten so gestaltet werden, dass auch Kinder und Jugendliche niedrigschwellig die Möglichkeit haben, daran zu partizipieren und die Räume zu gestalten. Nur dann erfüllen diese die Funktion einer Aushandlungs- und Kontaktfläche und bieten die Möglichkeit, positive Gruppenkontakte zu erlernen, statt Gruppenkonflikte weiter zu befeuern.
3. **Der Optimierungsbedarf:** Zukünftige Schwerpunkte in der Präventionsarbeit zeigen sich vor allem im Bereich der täterorientierten Prävention und bei dem Empowerment von Betroffenen.
4. **Der Praxisbedarf:** Es äußerte sich ein Bedarf an praktisch anwendbaren Präventionsprojekten für den schulischen und polizeilichen Bereich zu verschiedenen

Themenschwerpunkten. Diese seien sehr wichtig und sollten zukünftig systematisch nach Altersklassen auf- und ausgebaut werden.

5. **Der Präventionsbedarf:** Der ganzheitliche Bedarf von Präventionsarbeit erstreckt sich nicht zuletzt auf eine

ganze Lebensphase (Kindheit und Jugend), sondern meint auch einen holistischen Ansatz der verschiedenen Kanäle und Handlungsräume von Kindern und Jugendlichen. Nicht zuletzt in Krisen darf die Präventionsarbeit nicht vernachlässigt werden.

3.4 Stimmen zur Jugend

Im Rahmen der Veranstaltung wurden im Vorfeld Interviews mit insgesamt vier Experten aus dem Bereich Kinder- und Jugendarbeit geführt, die die Möglichkeit hatten, ihr Fachwissen zu spezifischen Fragen und Themen zur heutigen Kindheit und Jugend zu teilen. Hierbei ging es darum, allgemeine Themen, die Kinder und Jugendliche aktuell und zukünftig beschäftigen, zu diskutieren. Abseits von dem Thema der Kriminalität wurde damit ein Blick auf die „nächste Generation“ und damit einhergehende Herausforderungen und Potenziale geworfen. Die Interviews mit Akteuren aus der Praxis und der Wissenschaft wurden als Videobeitrag mit dem Titel „Stimmen zur Jugend“ als Einstieg in die abschließende Podiumsdiskussion genutzt. Wesentliche Aussagen aus dem Videobeitrag werden nachfolgend dargestellt.

Videobeitrag: Stimmen zur Jugend



Foto: LKA NRW

Aktuelle Erkenntnisse zum Verhalten und den Werten von Kindern und Jugendlichen

Kinder und Jugendliche seien nach Eindruck der Experten gespalten in diejenigen, die sich sehr bewusst und aktiv in der Gesellschaft bewegen und solche, die sich ausgegrenzt und von der Gesellschaft abgehängt fühlen. Die Experten geben zu bedenken, dass es sich um eine vielschichtige Generation von Jugendlichen handle, die viele unterschiedliche Herausforderungen mit sich bringe.

Was die Generation der Jugendlichen mitunter vereine, sei die Tatsache, dass der digitale Raum und soziale Medien für sie Alltag sei und eine Selbstverständlichkeit existiere, sich im digitalen Raum zu bewegen. Das unterscheide sie auch von den vorherigen (erwachsenen) Generationen.

Auswirkungen technologischer und gesellschaftlicher Entwicklungen

Es existiere aktuell eine multiple Krisenlage, mit der die Kinder und Jugendlichen aktuell konfrontiert seien. Unterschiedliche nationale oder auch globale Krisen und Konflikte wirken sich auf die Kinder und Jugendlichen aus. Dadurch bestünde ein großes Unruhepotential, welches aber von $\frac{1}{4}$ der Jugendlichen über Arbeitsmarktperspektiven ausgeglichen werden könne. Bei ca. $\frac{1}{4}$ der Jugendlichen schlage die Ungewissheit und Perspektivlosigkeit in konkrete Handlungstendenzen um, welche auch Auslöser für abweichendes oder gewaltbereites Handeln sein könne.

Chancen und Risiken sozialer Medien

In Hinblick auf soziale Medien bestehe eine Gefahr von Fehlinformationen und einem Überfluss an Informationen allgemein, die die Kinder und Jugendlichen nicht einordnen können und teilweise nicht gelernt haben, einzuordnen. Vor allem im Hinblick auf das Gefühl der Ungewissheit wirke sich dieser Umstand negativ auf die Kinder und Jugendlichen aus. Hier bedarf es einer Führung durch Erwachsene, u.a. Eltern, Lehrpersonal oder Schulsozialarbeit, um den Kindern und Jugendlichen ein „richtiges“ und umsichtiges Verhalten aufzuzeigen. Weiter wird von den Experten angemerkt, dass der Umgang und die Selbstverständlichkeit, sich im digitalen Raum zu bewegen, zu einer Kompetenz der Kinder und Jugendlichen umgewandelt werden müsse und dies aktuell, vor allem im schulischen Kontext, nicht geschehe.

Soziale Ungleichheiten und Vielfalt im Kontext von Werten und Verhalten von Kindern und Jugendlichen

Die Gesellschaft sei in Bezug auf Bildung und wirtschaftliche Ausstattung, auch beeinflusst durch die Pandemie, ungleicher geworden. Diese Ungleichheit werde von der jungen Generation als ungerecht angesehen und sei prägend für eben diese. Die Ungleichheit beeinflusse im Wesentlichen die Chancen von Kindern und Jugendlichen, gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten und Repräsentation ihrer Bedürfnisse und Werte.

Die Verantwortung gesellschaftlicher Konflikte und Umstände liege jedoch nicht bei den Kindern und Jugendlichen, sondern bei Erwachsenen, von denen gefordert wird, die Verantwortung zu übernehmen. Erwachsene müssen daher die Führung der Kinder und Jugendlichen übernehmen, indem sie diese auf ihrem Weg begleiten und Perspektiven in der Ungewissheit aufzeigen.

Weiter sei auch alleine das Gefühl ausreichend, sich in der Gesellschaft benachteiligt zu fühlen. Diese Benachteiligung müsse nicht tatsächlichen (wirtschaftlichen oder sozialen) Begebenheiten entsprechen. Dieses Gefühl der Benachteiligung und der Unsicherheit schaffe Raum für Einflüsse von Verschwörungstheorien oder extremen politischen Ansichten.

Möglichkeiten der Präventionsarbeit in der Zukunft

Deutliche und zügige Interventionen in Bezug auf Straftaten und Normverstöße werden von den Experten gefordert. Entscheidende Schritte der Präventionsarbeit liegen u.a. darin,

Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung zu unterstützen und Mittel zur Verfügung zu stellen, sodass sie selbstständig mit Problemen und Konflikten umgehen können. Dies könne durch Bildung und Förderung der Berufsqualifikation, Beziehungsarbeit und einem vielfältigen Angebot an Freizeitgestaltung geschehen.

Weiter wird die Relevanz der Verstetigung und Unterstützung von Jugendprojekten gefordert. Abrupte Beendigung von Projekten durch fehlende oder eingestellte Finanzierung seien für die Kinder und Jugendliche nur schwer zu verkraftende Beziehungsabbrüche, die jedes Mal mühsam aufgebaut werden müssen.

Gefordert wird außerdem eine grundlegende Neukonzeption der Elternarbeit in Schulen, da die Einbringung von Eltern in der pädagogischen Präventionsarbeit nicht ausreichend behandelt werde.

Ausblick auf kriminelle und deviante Verhaltensweisen

Die jetzige Generation junger Menschen sei eine sehr sensible, die gute Chancen habe, aber in der auch eine große Verunsicherung bestehe. Die Werteorientierung unterscheide sich nicht wesentlich von vorherigen jungen oder erwachsenen Generationen, daher bestehe auch keine neue ungewöhnliche Herausforderung, vor der die Akteurinnen und Akteure stehen. Es existieren die gleichen Belastungen und Herausforderungen, die in vorherigen Gesellschaften vorzufinden waren, die jedoch nur in einen anderen historischen Kontext eingebettet seien.

3.5 Podiumsdiskussion

Im Anschluss an den Videoimpuls startete die Podiumsdiskussion, moderiert von René le Riche vom Polizeipräsidium Düsseldorf mit folgenden Teilnehmenden:

- Frank Hoever: Polizeipräsident, Polizeipräsidium Bonn
- Wolfgang Ettelt: Staatsanwalt, Köln
- Franco Clemens: Streetworker, RheinFlanke GmbH
- Silke Müller: Buchautorin und Schulleiterin, Hatten
- Prof. Dr. Theresia Höynck: Professorin für Kinder- und Jugendrecht, Universität Kassel

Die Teilnehmenden hatten – anschließend an die Inhalte des Videobeitrags – die Möglichkeit, verschiedene Fragen und Themen zu diskutieren. Im Folgenden werden die wichtigsten

Aussagen aus der Podiumsdiskussion zusammengefasst und wiedergegeben.

1. Definition von Gewalt

Zunächst wurden die Teilnehmenden gebeten, den Begriff der Gewalt im Kontext von Kinder- und Jugendkriminalität zu definieren.

Physische und sexuelle Gewalt wurden als Einstieg von Frank Hoever als Themen im Kontext von Jugendkriminalität genannt. Er betonte vor allem die Relevanz subjektiver Empfindungen bei Gewalterfahrungen.

Silke Müller verwies auf die Verlagerung der Gewalt, auch der sexuellen, in den digitalen Raum und in diesem Zusammenhang das Alleingelassen werden von Jugendlichen in digitalen Räumen. Es gebe für diese keine Aufklärung oder Begleitung im Umgang mit digitaler Gewalt. Auch können Kinder und Jugendliche den Gewaltbegriff nicht definieren und orientieren sich nach den Definitionen der Erwachsenen. Je abstrakter diese durch die Erwachsenen gestaltet werde, desto schwieriger sei es für die Jugendlichen, Gewalt als solche zu erfassen.

Im Kontext des Gewaltbegriffs entstand eine rege Diskussion darüber, welche Formen von Körperlichkeit oder Handlungen als Gewalt definiert werden können und wie mit dem Begriff der Gewalt umgegangen werden sollte. Prof. Dr. Höynck merkte an, dass der Begriff an Wirkung verliere, wenn jede Form von Handlungen als Gewalt definiert werde und der Begriff inflationär genutzt werde. Unter anderem bestünden verschiedene Formen von Körperlichkeit unter Kindern und Jugendlichen, die zwar als Gewalt definiert sind, aber unter Einvernehmen entstehen und nicht zur Anzeige gebracht oder geahndet werden müssen.

Abweichend von der Begriffsbestimmung betonte Franco Clemens einen massiven Anstieg und Verherrlichung von Messergewalt, vor allem im Kontext sozialer Medien. Er kritisierte die mediale Präsenz von Gewalt und dass bestimmte Milieus im Kontext von Gewalt(-anwendung) in den Medien überrepräsentiert seien.

Silke Müller verwies weiter ebenfalls auf die Verbreitung und Verherrlichung von Gewalt in sozialen Medien und verwies darauf, dass Kinder und Jugendliche unterschiedlicher Milieus, die eigentlich keine Berührungspunkte untereinander haben, innerhalb von Social Media zusammentreffen und Inhalte von beispielsweise salafistischen Predigern oder Clanmitgliedern konsumieren und so in Berührung mit gewalttätigen Inhalten kommen.

2. Altersgrenzen von Jugend

Franco Clemens betonte unterschiedliche Auslegungen und Altersgrenzen, die existieren: Laut europäischer Definition spreche man bis zu einem Alter von 28 Jahren von Jugendlichen, im deutschen Strafrecht werden Personen ab 18 Jahren bis unter 21 Jahren als „Heranwachsende“ bezeichnet. Je nach ihrer individuellen Reife können sie nach den Bestimmungen des StGB bzw. des JGG (strafrechtlich) noch wie Jugendliche behandelt werden. Bei Leistungsbezügen nach dem Sozialgesetz in Deutschland liege die Altersgrenze bei 25 Jahren.

Die Podiumsdiskutantinnen und -diskutanten sowie der Moderator René le Riche



Foto: LKA NRW

3. Kriminelle Karrieren

Laut den Teilnehmenden sei ein möglicher Anhaltspunkt für eine negative Entwicklung eines Kindes oder eines Jugendlichen, wenn Kriminalität/kriminelles Verhalten zum Alltag der betroffenen Person werde und diese keine Ausnahmeerscheinungen oder Gelegenheitshandlungen mehr seien. Retrospektiv sei es immer ersichtlich, wann ein gewisser Kippunkt eintrete, es sei ein schleichender Prozess, in dem viele unterschiedliche Faktoren ineinanderfließen. Im Verlauf sei dieser Kippunkt jedoch oftmals schwer zu identifizieren.

Weiter sei für Wolfgang Ettelt ein erster wesentlicher Anhaltspunkt, dass nach begangener Tat und darauffolgenden Vernehmungen und Gesprächen seitens Polizei und Erziehungsberechtigten keine Einsicht und Verhaltensänderung der Beschuldigten folge und das Handeln fortgesetzt werde.

Laut Silke Müller werden Grenzen und Grenzüberschreitungen nicht sorgfältig an Kinder vermittelt und aufgezeigt. Zusätzlich sei es wichtig, wie negative Verhaltensweisen und das sog. „scheiße bauen“ definiert und bewertet werden. Sie kritisiert, dass Kinder und Jugendliche vor allem im digitalen Raum nach Aufmerksamkeit suchen und hierbei nicht von Erwachsenen begleitet und in ihrem Verhalten korrigiert werden. Es fehle hier die Einführung und Unterstützung im Umgang mit Sozialen Medien, sodass dadurch Straftaten und nicht erwünschtes Verhalten, wie beispielsweise das Verbreiten von Medien mit sexualisierten Inhalten, ermöglicht werden. Es fehle in den Bereichen der Judikative, Exekutive und Legislative an Verbesserungen und Anpassungen, um die Auswirkungen der Sozialen Medien mit in ihre Arbeit zu beziehen. Auch Franco Clemens betonte das Verlangen nach Aufmerksamkeit und Anerkennung der Jugendlichen sowie die Existenz von alternativen Solidarrahmen abseits eines

kleinbürgerlichen Milieus, in denen andere Normen und Werte relevant seien. Erzieherische Defizite innerhalb der Familien werden als schwierige Startvoraussetzungen angeführt. Zusätzlich kritisierte er, dass nach einer Tatbegehung eine zeitnahe Konsequenz bzw. Verurteilung ausbleibe, und dies negative Auswirkungen auf das Verhalten habe. Auch in Bezug auf das Konsumieren von gewalttätigen Inhalten in den sozialen Medien betont er, dass dies zu einer Desensibilisierung der Zielgruppe führe und Gewalt normalisiert werde.

Frank Hoever schloss an diese Aussagen an und hob hervor, dass Grenzen verdeutlicht werden müssen und relevante Akteure in der Zielgruppenarbeit, wie Schulen, Kommunen oder Erziehungsberechtigte, stärker miteinbezogen werden sollten.

Prof. Dr. Höynck betonte, dass Institutionen wesentlich dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche auf eine schiefe Bahn geraten, wenn diese in Institutionen Personen antreffen, die sich nicht für die Belange und Probleme interessieren oder negative Reaktionen zeigen. Als Beispiel führte sie Missbilligung bei fehlender Reue oder wiederholtem Erscheinen vor Gericht an. Es sollte eher thematisiert werden, aus welchen Gründen diese Personen erneut strafrechtlich in Erscheinung treten und ob zuvor getroffene Maßnahmen unzureichend waren. Auch dürfe eine Kontrolle und Konfrontation nicht immer von den Strafverfolgungsbehörden erwartet werden, sondern es müsse situationsbedingt der/ die richtige Ansprechpartner/-in ermittelt werden, um entsprechend einzuschreiten.

4. Publikumsfrage: Relevanz des richtigen Duktus für die Zielgruppe

Ein Teilnehmer betonte, dass im Kontext der Jugendkriminalität die Polizei durchaus als Ansprechpartnerin fungieren kann und auch sollte, da sie über ein großes Netzwerk an Ansprechpartnerinnen und -ansprechpartnern, auch im Bereich der Prävention, verfüge und auf dieses bei ihrer Arbeit zurückgreifen kann, auch um relevante Informationen weiterzugeben und an zuständige Akteure zu vermitteln. Daher sei es notwendig, die Polizei frühzeitig zu informieren. Es ginge nicht um eine frühzeitige Kriminalisierung der Jugendlichen, sondern darum, das bestehende Netzwerk zu aktivieren und zu nutzen.

Auch nach Franco Clemens bestehe nicht das Ziel, Kinder und Jugendliche zu kriminalisieren, aber er sehe dringenden Handlungsbedarf. Ihm zufolge sollte die Polizei im öffentlichen Raum auch die Rolle eines Ansprechpartners ausführen, sodass Jugendliche die Möglichkeit haben, diese abseits von Formalitäten oder Strafprozessen anzusprechen. Weiter

verweist auch er auf die Relevanz einer guten Vernetzung und Nutzung vorhandener Netzwerke, sieht in diesen aber das Problem, dass Daten und Informationen unter verschiedenen Organisationen aufgrund bestehender Datenschutzregelungen nur eingeschränkt ausgetauscht werden können.

In diesem Zusammenhang verdeutlichte Frank Hoever, dass es sich nicht um eine Frage der Zuständigkeit, sondern mehr um eine Frage der Verantwortung handelt und dass im Netzwerk der Jugendarbeit und Prävention viele weitere Organisationen existieren, die vor der Polizei die Möglichkeit haben, aktiv einzugreifen und zuerst kontaktiert werden sollen. Diese haben dann weit vor der Polizei als Akteur die Möglichkeit zu handeln und präventive Maßnahmen einzuleiten.

5. Pädagogische und rechtliche Rahmen und Einschränkungen in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen

Silke Müller berichtete aus ihrer schulischen Tätigkeit und dem Problem, dass Lehrkräfte an Schulen haben, wenn bspw. unerlaubt Nacktaufnahmen Minderjähriger an diese weitergeleitet werden, zum Zweck der Informationsweitergabe und Kenntnisnahme. Es bestehe eine große Unsicherheit unter den Lehrkräften, wie mit diesem Umstand und den Daten umgegangen wird und in welchem Rahmen Hilfe angeboten werden kann, ohne sich als erwachsene Person strafbar zu machen.

Laut Prof. Dr. Höynck liege der Sinn und Zweck der Pädagogik in der Erziehung, (Re-)Sozialisierung und Intervention. Zudem sieht sie Pädagogik als einen ständigen Prozess, der nicht abgeschlossen, aber fortlaufend getätigt werde.

Frank Hoever sah auch im Strafrecht einen pädagogischen Ansatz, der meist übersehen werde. Für ihn sei vor allem Prävention eine wichtige Maßnahme, jedoch gäbe es auch Personen, die aus seiner Sicht „nicht mehr erreichbar“ seien und er die Aufgabe darin sehe, die Gesellschaft vor diesen Personen zu schützen. Jedes Handeln finde seine Grenzen, diese Grenzen seien dann mitunter Hafterfahrungen bzw. eine Inhaftierung. Auch Franco Clemens schloss sich dieser Aussage an. Gemäß seiner beruflichen Erfahrung lassen sich die meisten Konflikte allein durch Erfahrungswissen aus der Arbeit lösen, aber in bestimmten Situationen habe er auch keine Möglichkeiten mehr, pädagogisch zu handeln. Als Beispiel führte er Vorfälle und Taten mit Messern an. Für ihn stoße in solchen Situationen die pädagogische Arbeit an eine Grenze, an welcher die Polizei eingeschaltet werden müsse, um sich selbst und auch andere Personen nicht weiter in Gefahr zu bringen.

Wolfgang Ettelt betont, dass auch der Vollzug dafür ausgelegt ist, pädagogische Arbeit und Prävention zu leisten. Vor allem bei Intensivtäterinnen und -tätern sei eine intensive pädagogische Arbeit und Hilfestellungen während und nach der Inhaftierung zwingend notwendig. Nach dem Verbüßen einer Haftstrafe werden die betroffenen Jugendlichen nochmals zu einem Gespräch eingeladen, um die Erfahrungen zu reflektieren und um feststellen zu können, ob die getroffenen Maßnahmen zielgerichtet waren und ihren Zweck erfüllt haben. Zusätzlich verwies er darauf, dass sich der bisherige Blick in der Diskussion nur auf Täterinnen und Täter richte. Wolfgang Ettelt plädierte in diesem Zuge dafür, Betroffene stärker in die Präventionsarbeit einzubeziehen und ihnen umfangreiche Unterstützung und Begleitung anzubieten.

6. Inhaftierung als potenzielles Instrument zur Abschreckung

Franco Clemens brachte zum Ausdruck, dass die Beantwortung dieser Frage nur milieuspezifisch möglich sei. Während seiner beruflichen Erfahrung habe er Jugendliche kennengelernt, die ihre Hafterfahrungen als negativ empfanden, zurück in ihren peer groups und ihrem Umfeld jedoch mit dieser Erfahrung prahlten. Weiter wiederholte er, dass es sehr schwierig sei, Konsequenzen zu verdeutlichen, wenn nach der dritten oder vierten Straftat erneut Sozialstunden als Sanktion folgen. Er plädierte dafür, Hafterfahrungen als präventive Maßnahmen zu nutzen, um so für einige Tage einen Haftalltag zu erleben und eventuell ihre Grenzen kennenzulernen.

Prof. Dr. Höynck widersprach diesem Vorschlag, da die abschreckende Wirkung der Inhaftierung empirisch widerlegt sei; ein Zeitraum von einigen Wochen reiche nicht aus, um die Strukturen, die man während der Inhaftierung erlernt habe, in den Alltag einzugliedern. Schwierige Lebenslagen können nicht innerhalb eines kurzen Zeitraums von wenigen Wochen nachhaltig verbessert werden.

Nach Wolfgang Ettelt wiederum könne vor allem die Erfahrung einer Untersuchungshaft eine abschreckende Wirkung erzielen, da ein „Wegsperrn“ vor der tatsächlichen Erfahrung einer Inhaftierung nur als eine abstrakte Gefahr wahrgenommen werde. Jedoch könne er nicht genau festlegen, wie nachhaltig ein solcher Abschreckungseffekt sein kann. Es können keine pauschalen Aussagen über die Wirksamkeit abschreckender Inhaftierungsmaßnahmen getätigt werden. An Franco Clemens' Aussage anschließend stärkte er den Aspekt der zeitlichen Dringlichkeit. Es sei vor allem bei Intensivstraftäterinnen und -tätern notwendig, zügig zu verfahren, sodass eine frühzeitige und konsequente Intervention möglich ist. Es bestehen in diesem Kontext große Bemühungen,

dass Anklagen und Hauptverhandlungstermine schnell eingeleitet werden.

7. Kriminalprävention

Anschließend an den Beitrag zur Intensivtäterschaft las René le Riche als Moderator einen Artikel über die Kriminalprävention in Nordrhein-Westfalen vor. Der Inhalt bezog sich auf polizeiliche Arbeit und eine konsequente Reaktion der Polizei auf Normverstöße sowie die Umsetzung von Intensivtäterkonzepten. Trotz scheinbarer Aktualität war dies ein Artikel, der vor über 18 Jahren veröffentlicht wurde.

Der anschließende Kommentar Frank Hoevers befasste sich damit, dass es für ihn bei der Bekämpfung der Intensivtäterschaft notwendig sei, stets dieselben Personen im Umgang mit diesen einzusetzen. Er schlug vor, dass seitens der Präventionsarbeit konkrete Ansprechpersonen für Intensivtäterinnen und -täter gestellt werden. Dies führe einerseits dazu, dass die Professionen einen Überblick über die verschiedenen Biografien der Intensivtäterinnen und -täter bekommen würden und andererseits dazu, dass die Täterinnen und Täter selbst eine feste Bezugsperson haben.

Silke Müller sprach sich nicht für zwingend härtere Strafen aus, aber Reaktionen müssen unmittelbar auf das strafbare Handeln folgen. Weiter bemängelte sie den sinkenden Respekt bei Kindern und Jugendlichen gegenüber Mandatsträgern, da ein sinkender Respekt mit einem sinkenden Angstfaktor gegenüber Polizei und anderen Mandatsträgern einhergehe. Präventionsarbeit sei genau dann richtig, wenn Ressourcen vorhanden sind. Ihrem beruflichen Hintergrund entsprechend bemängelt sie, dass Schulen „nicht mehr funktionieren“: Lehrpläne und Schwerpunkte seien veraltet und nicht an die Bedingungen des 21. Jahrhunderts angepasst. Ihrem Empfinden nach müsse ein großer Teil des schulischen Inhalts aus Medientraining und Präventionsarbeit bestehen, vor allem in Hinblick darauf, dass die Problematik digitaler Gewalt bestehe und zunehme. Präventionsarbeit müsse nachhaltig sein, entsprechend müssen präventive Inhalte immer wieder im Unterricht aufgegriffen werden, oder auch Gesprächsangebote nach der Präventionsarbeit angeboten werden, um die Maßnahmen und Informationen zu verstetigen.

Franco Clemens schloss sich Wolfgang Ettelts Aussage an, dass Präventionsarbeit auch während einer Inhaftierung erfolgt und erfolgen müsse. Für ihn war es wesentlich, dass ab einer bestimmten Grenzüberschreitung eine Inhaftierung unumgänglich ist und in dieser Situation weiter pädagogisch weitergearbeitet werden müsse. Die Zeit der Inhaftierung

müsse sinnvoll genutzt werden und Strukturen geschaffen werden, die nach einer Inhaftierung im Alltag umgesetzt werden können. Jedoch bemängelte er in diesem Zusammenhang, dass beispielweise Ausbildungsangebote oder ähnliche Maßnahmen nicht in jeder Vollzugsanstalt anzutreffen seien oder, dass es Fälle gebe, in der nach einer Inhaftierung alle Sozialkontakte wegbrechen oder keine Wohnung zur Verfügung stehe. Dies seien Zustände, die eine Eingliederung in die Gesellschaft erschweren und die Gefahr der Rückfälligkeit erhöhen.

8. Situation der Kinder und Jugendlichen im Kontext der Präventionsarbeit

Für Franco Clemens war es wichtig, dass die Umstände und Situationen der Kinder und Jugendlichen ganzheitlich betrachtet werden. Vor allem das Aufwachsen in Armutsverhältnissen sieht er als eine der wesentlichen Ursachen für aktuelle kriminelle Entwicklungen an.

Prof. Dr. Höynck gab an, dass ein wesentlicher Punkt in der Situation der Kinder und Jugendlichen sei, dass in vielen Teilen der Gesellschaft eine Angst vor Krieg, Klimawandel und Sorge um Migration herrscht. Diese Unsicherheit unter Erwachsenen übertrage sich auch auf die Jugendlichen und ihre Erwartungshaltung, dass Erwachsene die Probleme lösen werden; diese Erwartungshaltung werde nicht mehr vollständig erfüllt.

Ein großes Problem, welches in der Podiumsdiskussion schon oft erwähnt wurde und inhaltlicher Teil des Schwerpunktes „digitaler Raum“ des Symposiums war, war digitale Gewalt und der Einfluss digitaler Medien. Silke Müller verwies erneut darauf, dass Kinder und Jugendliche in diesem Kontext allein gelassen werden, ohne Anleitung und Unterstützung, mit Inhalten umzugehen. Sie sah ein großes Problem in sexuellen Inhalten, Cybergrooming und der Verbreitung von Populismus im Netz. Franco Clemens schloss sich dem an und fügte weiter hinzu, dass für Kinder und Jugendliche eine große Gefahr der Indoktrinierung und Instrumentalisierung bestehe, da vor allem die Intensität der Einflüsse durch digitale Medien immens zugenommen habe.

Prof. Dr. Kroneberg fügte in diesem Zusammenhang aus dem Plenum hinzu, dass wissenschaftlich erwiesene Zusammenhänge internalisierender Verhaltensweisen wie Depressionen und dem Medienkonsum bestehen, er aber von keiner wissenschaftlichen Studie wüsste, die einen Zusammenhang zwischen dem Anstieg von Gewalt und dem Konsum von beispielweise Gewaltvideos im Netz aufzeigen könne.

9. Ursachen des Gewaltanstiegs

René Le Riche verwies auf Prof. Dr. Kronebergs Kommentar und fragte die Teilnehmenden der Podiumsdiskussion nach Ursachen für die Probleme und die Entwicklung.

Soziale Ungleichheit war für Prof. Dr. Höynck ein wesentliches Thema: Das Gefühl, von der Gesellschaft ausgegrenzt zu werden oder auch abgewertet zu werden, sei in diesem Zusammenhang wesentlich. Sie merkte aber auch an, dass soziale Medien und die Darstellung von Wohlstand und Konsum einen Einfluss auf diese Gefühle haben können.

10. Ausblick

Für Silke Müller stand abschließend fest, dass mehr Moral vermittelt werden und das Schulsystem grundlegend verändert werden müsse. Weiter plädierte sie für den vermehrten Einsatz von Sozialarbeiterinnen und -arbeitern und eine Bewusstseinsstärkung im Umgang mit Sozialen Medien und deren Einflüssen auf die Gesellschaft.

Für Wolfgang Ettelt waren drei wesentliche Punkte in der Präventionsarbeit elementar: Die Umsetzung einer festen Tagesstruktur: In seiner Arbeit habe er erlebt, dass vor allem Intensivtäterinnen und -täter durch fehlende Perspektiven keine Tagesstruktur haben. Positive Vorbilder: Es werden Positivbeispiele benötigt, an denen sich Kinder und Jugendliche orientieren können. Erfolgserlebnisse: Erfolgserlebnisse seien nach Ettelt ein absoluter Mangel bei auffälligen Jugendlichen. Diese Erfolgserlebnisse werden über andere Wege und Aktionen ersetzt, beispielsweise durch Gewaltanwendung auf der Straße oder anderweitig kriminelles Verhalten.

3.6 Resümee und Abschied

Nach der Podiumsdiskussion sprach Dr. Maike Meyer ein paar abschließende Worte. In ihrer Zusammenfassung reflektierte Dr. Meyer auf die Diskussionen des Tages, insbesondere auf die Hell- und Dunkelfeldstudien sowie die herausfordernden Räume, in denen Jugendliche agieren – sowohl real als auch virtuell. Sie betonte die gemeinsame Verantwortung verschiedener Akteurinnen und Akteure und unterstrich die Notwendigkeit verstärkter Zusammenarbeit. Sie hob bereits existierende erfolgreiche Ansätze wie die Initiative „Kurve Kriegen“ und das „Haus des Jugendrechts“ hervor. Insbesondere in den Pausen sei immer wieder angesprochen worden, dass die Inhalte der Tagung nicht neu seien, die Implementierung der Erkenntnisse in die Praxis jedoch fortgeführt werden müsse. Abschließend plädierte sie dafür, wissenschaftliche Erkenntnisse besser der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, um Diskurse in der Gesellschaft mitzugestalten.



Foto: LKA NRW

4 Fazit und Ausblick

Während der Veranstaltung und im Nachgang hierzu erhielt die KKF zahlreiche sehr positive Resonanzen. Diese betrafen unter anderem die Einbindung praxisrelevanter Handlungsspielräume von Kindern und Jugendlichen sowie das abwechslungsreiche Veranstaltungsformat und die Wahl der als besonders aktuell erachteten Themen. Konstruktiv kritisiert

wurde der starke Fokus auf wissenschaftliche Studien, welcher durch die Ergänzung um konkrete Praxis-Beispiele, wie Präventionsprojekte, in Zukunft gerne ergänzt werden dürfe.

Das Thema der Veranstaltung in 2026 wird zu einem späteren Zeitpunkt und in Abhängigkeit von aktuellen kriminalpolitischen und gesellschaftlichen Entwicklungen festgelegt.

5 Literatur

- Andresen, S., Lips, A., Möller, R., Özdemir, E., Schröer, W., Thomas, S., & Wilmes, J. (2023). JuCo IV-Der Einfluss der Corona-Pandemie auf das Wohlbefinden junger Menschen. Trends und anhaltende Auswirkungen. DOI: 10.18442/250.
- Baier, D., Schwarzenegger, C., & Nägeli, R. (2022). Die Entwicklung der Jugendkriminalität aus kriminologischer Sicht – Steigt die Jugendgewalt?. 13. *Zürcher Präventionsforum – Tagungsband 2022*. Band 218, 9-25. DOI: 10.36862/eiz-516.
- Dreißigacker, L., Schröder, C. P., Krieg, Y., Becher, L., Hahnemann, A. & Gröneweg, M. (2023). Jugendliche in Niedersachsen. Ergebnisse des Niedersachsensurveys 2022 (KFN-Forschungsberichte Nr. 169). Hannover: KFN.
- Farren, D., Hough, M., Murray, K., & McVie, S. (2018). Trust in the police and police legitimacy through the eyes of teenagers. In: Roché, S., Hough, M. (eds). *Minority Youth and Social Integration*. Springer, 167-192. DOI: 10.1007/978-3-319-89462-1_7.
- Farren, D. (2023). Perception of the police amongst migrant teenagers from Muslim majority countries in Western European host countries. *Policing and Society*, 33(5), 555-574. DOI: 10.1080/10439463.2022.2154348.
- Gatzke, W. (2013). *Kriminalistisch-kriminologische Forschung im Spannungsfeld von polizeilicher Praxis, kriminalpolitischen Erwartungen und wissenschaftlicher Freiheit*. Publikationsreihe Forum KI. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.
- Kretschmer, S., Krause, I., Daubitz, K. (2024). Kinder und Jugendliche als Täterinnen und Täter von Gewalt-kriminalität. *Kriminologie – Das Online-Journal*. 6(1), 46-53, 10.18716/ojs/krimoj/2024.1.4.
- Kroneberg, C., Ernst, A., & Gerth, M. (2016). Das Projekt „Freundschaft und Gewalt im Jugendalter“. In F. Neubacher & N. Bögelein (Hrsg.). *Krise-Kriminalität-Kriminologie*. Forum Verlag Godesberg, 353–364. DOI: 9783942865661.
- Rausch, E., Hatton, W., Brettel, H., & Rettenberger, M. (2023). Messergewalt in Deutschland: eine empirische Untersuchung zu Risikofaktoren sowie Täter- und Tatcharakteristika. *Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie*, 17(3), 327-337. DOI: 10.1007/s11757-023-00777-5.
- Tajfel, H., Turner, J. C., Austin, W. G., & Worchel, S. (1979). An integrative theory of intergroup conflict. *Organizational identity: A reader*, 56(65), DOI: 9780203505984-16.
- Wachs, S., Schubarth, W., & Bilz, L. (2020). *Hate speech als Schulproblem? Erziehungswissenschaftliche Perspektiven auf ein aktuelles Phänomen*. In Bewegungen. Beiträge zum 26. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft, 223-236. DOI: 10.1007/978-3-658-31793-5_12.
- Wachs, S., Koch-Priewe, B., & Zick, A. (2021). *Hate Speech- Multidisziplinäre Analysen und Handlungsoptionen*. Springer Fachmedien Wiesbaden. DOI: 10.1007/978-3-658-31793-5_12.
- Witz, C. (2021a). Sexting und sexuelle Grenzverletzungen an Schulen: Lehrpersonen als Ansprechpersonen bei nicht-konsensuellen Praktiken. *MedienPädagogik: Zeitschrift für Theorie und Praxis der Medienbildung*, 69-88. DOI: 10.21240/mpaed/00/2021.11.17.X.
- Witz, C. (2021b). Sexting | Körper-Bilder | Geschlecht. Orientierungen Jugendlicher auf sexuell interpretierbare visuelle Selbstdarstellungen. *GENDER–Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, 13(3), 106-121. DOI: 106-121. 10.3224/gender.v13i3.08.

Herausgeber

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen
Völklinger Straße 49
40221 Düsseldorf

Teildezernat 32.2



Redaktion: Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle

kkf@polizei.nrw.de

www.lka.polizei.nrw

April 2024